

Polen und Mitteleuropa.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

fr Wien, 12. Juli.

Aus unterrichteten Kreisen wird zu der Berliner Meldung, die deutsche Regierung beabsichtige, demnächst in Wien erklären zu lassen, sie könne der austro-polnischen Lösung nicht zustimmen, mitgeteilt: Es ist wohl erinnerlich, daß vor der letzten Reise des Grafen Burian nach Berlin verlautbart wurde, daß sämtliche mit den Plänen der Vertiefung und Erweiterung des deutsch-österreichischen Bündnisses zusammenhängenden Fragen, darunter auch die polnischen Fragen, innerlich miteinander verflochten sind und daß eine endgültige Lösung dieser Fragen nur en bloc erfolgen könne. Durch diese Feststellung wurde nicht etwa einer einseitigen Auffassung des Grafen Burian Ausdruck gegeben, der eine andere Auffassung von anderer Seite gegenüberstellen könnte, sondern vielmehr eine Bestätigung dessen, daß die Einheitlichkeit in den Beratungen des Fragenkomplexes einen Ausgangspunkt der Besprechungen und Verhandlungen gebildet hat, die seinerzeit im Deutschen Hauptquartier stattgefunden haben. Es kann heute nur wiederholt werden, daß über diese grundlegenden ersten Fragen vollkommenes Einverständnis geherrscht hat und daß die weiteren Verhandlungen von diesem Gesichtspunkte ausgegangen sind und in diesem Sinne geführt wurden. Die Reihenfolge, in der die in Verbindung mit der Bündnisfrage zusammenhängenden Materien behandelt werden, ist von keiner Bedeutung. Wesentlich ist nur, daß der ganze Fragenkomplex ein einheitliches Ganzes bildet. Die einzelnen Fragen sind also nur koordiniert, nicht subordiniert. Was insbesondere die Polenfrage betrifft, so handelt es sich um eine Lösung, welche den vitalen Interessen Oesterreich-Ungarns Rechnung trägt. Die staatsrechtliche Form, in welcher diese mit unseren Interessen übereinstimmende Lösung erfolgen sollte, wird im Laufe der Verhandlungen festgestellt werden.

Die von unserem Berichterstatter wiedergegebene halbamtliche Äußerung zeigt, daß man auf dem Ballplatz noch immer an der bedauerlichen Verquickung zwischen der Ausgestaltung des deutsch-österreichisch-ungarischen Bündnisses und der Lösung der polnischen Frage im österreichischen Sinne festhält. Der Wiener Regierung müßte doch aber bekannt sein, daß die sogenannte austro-polnische Lösung in weiten Volkskreisen Deutschlands sowohl wie Oesterreichs unbedingt abgelehnt wird. Sie stellt somit eine Angelegenheit in den Mittelpunkt der Bündnisfragen, die einem erheblichen Teil der verbündeten Völker dauernd ein Stein des Anstoßes bedeuten würde. Dieses Verfahren kann nicht zu der einseitig mit Selbstverständlichkeit gewünschten und erwarteten Vertiefung des Bündnisses beitragen.

Die Lösung der polnischen Frage gehört ihrer wirklichen Natur nach in einen untrennbaren Zusammenhang mit der Klarstellung unserer gemeinsamen Ostpolitik, nicht aber unserer Bündnispolitik. In der Gemeinsamkeit der Ostpolitik beruht ja gerade eines der Hauptmomente unseres Bündnisses, und ein grundsätzlicher Gegensatz der Auffassungen in diesem Punkt läßt den Wert des Bündnisses für beide Teile zweifelhaft erscheinen. Die deutsche Stellungnahme in den Ostfragen kann nur auf Grund weltpolitischer Erwägungen gewählt werden, die auch für Oesterreich-Ungarn von entscheidender Wichtigkeit sind, da in ihnen ein gemeinsames festländisches Interesse zum Ausdruck kommen muß. Demgegenüber müssen auch vom österreichisch-ungarischen Standpunkt selbst innerpolitische Erwägungen zurücktreten, zumal wenn sie auf so schwachen Füßen stehen, wie der ganze österreichische Sanierungsplan auf Grund der austro-polnischen Lösung. Man wird sich in Wien nochmals die Frage vorlegen müssen, ob es angeht, die künftige Gesamtrichtung der europäischen Politik von einem kurzfristigen inner-österreichischen Regierungsplan abhängig zu machen, der auch für Oesterreich selbst keinen dauernden Wert besitzt.